









sieht natürlich in der »Reichspost« nicht ein Wort. Natürlich fehlt auch hier der Versuch nicht, die »erbgesessenen palästinensischen Juden« gegen die neuen Einwanderer auszuspielen, welche als junge halbwegsige Burschen aus der Schule Trotzki- und Lenins hingestellt werden, die den Bolschewismus, beziehungsweise »das Gift des Sozialismus« in das friedliche Land einschleppen. Daß die jüdischen Pioniere, die von Idealismus erfüllt, sich allen Mühen und Opfern unterziehen, um das Land ihrer Sehnsucht zum Frommen aller seiner Bewohner neuzubeleben, als Bolschewiken angeschwärzt werden, ist ein bewährtes Mittel der arabischen Propaganda, den Versuch aber, einen Gegensatz zwischen den »erbgesessenen Juden« und den zionistischen Einwanderern zu konstruieren, widerlegt die jüngst erlassene Erklärung der führenden Organisation dieser »Erbgesessenen«, die einen Appell eines arabischen Blattes, von den Zionisten abzurücken, mit der Berufung auf die Balfour-Deklaration beantwortet hat. Zum Schlusse wartet der Artikel mit einer Drohung auf: Wenn die zionistische Politik nicht rasch geändert wird, werden die Araber zur Selbsthilfe greifen, die Beduinestämme jenseits des Jordans warten nur auf einen Wink, um bewaffnet in Palästina einzubrechen, und eine Armee von 50.000 Reitern besorgt dieses Geschäft in wenigen Tagen, trotz der übrigen schwachen englischen Besatzung. Die sympathische Öffentlichkeit dieses arabischen Agitators wird man sich jedenfalls gut merken müssen. Der Artikel der »Reichspost« ist eine einzige Tatsachenentstellung und Verleumdung. Wenn es gegen die Juden geht, so werden Wiener Christlichsoziale zu Wortführern jener »unterdrückten« Araber, die von dem Nahen einer neuen Ordnung in Palästina das Ende ihrer Ausbeutungsmethoden befürchten, die es einigen Gruppen von Großgrundbesitzern und Bodenspekulanten ermöglichen, das Gros ihrer eigenen Brüder in wirtschaftlicher Knechtschaft und geistiger Rückständigkeit zu halten. Der Wunsch dieser Kreise, der auch der Wunsch jenes Klerikalismus ist, dem die Drohung mit Mord und Brand nicht im mindesten wider den Strich geht, wird nicht in Erfüllung gehen, er wird an der Logik der Tatsachen, an der fortschreitenden Entwicklung ebenso zerschellen, wie an dem unzerstörbaren Willen des jüdischen Volkes, sein nationales Heim gegen alle Widerstände zu errichten und damit ein neues Palästina zu schaffen, in dem zwei freie Brudervölker in Wohlstand und friedlichem Wettbewerb an der Erhöhung der Kultur im Osten arbeiten.

## Oesterreich.

### Das Sanierungsprogramm der Regierung

Das »Grazer Volksblatt« veröffentlicht Aemterungen des Bundeskanzlers Schöberl über das Finanzprogramm der Regierung:

Jenen Kreisen, die immer wieder vom Staate Zuschüsse verlangen, müsse vor Augen gehalten werden, daß es für den Staat nur zwei Möglichkeiten gebe, diese Ansprüche zu befriedigen: Steuern oder die Notenpresse. Aber die Notenpresse wirkt ebenfalls als Steuer, und dies richte sich heute vielmehr gegen die Bezieher von Gehältern und Löhnen als gegen die Besitzenden. Der Schutz dagegen mit Hilfe der sogenannten gleitenden Zulagen und der Indexziffer sei ein vergebliches Beginnen gewesen. Was die Zukunft betreffe, so bin ich mit Dr. Rosenberg darin ganz einig, daß sie keineswegs trostlos zu beurteilen sei, sobald man sich nur einmal aus dem Sumpf herausgearbeitet habe. Denn allmählich würden wir ja doch den großen Vorteil zu fühlen bekommen, der in der Abstoßung der Staatsschulden durch die Geldentwertung gelegen sei.

Nachdem auch die Frage der Lebensmittelschüsse erledigt erscheint und die Stabilisierung der Krone, wie zu hoffen sei, alsbald gelingen werde, sei die Sanierung der Staatsbetriebe und der Beamtenabbau der nächste und gleichzeitig größte und bedeutsamste Programmpunkt. Geht diese, dann seien die Bundesfinanzen saniert.

### Das amerikanische Pfandrecht.

Washington, 30. März. Die vom Senator Lodge eingebrachte Resolution ist von beiden Häusern des Kongresses angenommen worden. Durch die Resolution wird die amerikanische Regierung ermächtigt, die Forderungen an Oesterreich zurückzustellen.

### Der französische Kredit.

Paris, 30. März. (Havas.) Eine Konferenz der Präsidenten der großen Ausschüsse hat beschlossen, der Kammer vorzuschlagen, die Beratung über den Desettentwurf, betreffend die Vorschüsse an Oesterreich, an die Spitze der Tagesordnung der morgigen Vormittagssitzung zu stellen.

### Die Linzer Waffenfunde.

Lin, 30. März. Nach einer Mitteilung der Polizei wurde der nach Mähren zuständige Emil Rybicka, in die polizeilichen Erhebungen in der Angelegenheit der Waffenfunde im Warenhaus Kraus & Schöberl einbezogen, daß er die öffentliche Ruhe gefährde, für immerwährende Zeiten aus dem Gebiete der Republik Oesterreich ausgewiesen.

### Die Erkrankung des Exkaisers.

Die aus Madeira einkommenden Berichte sprechen von einer sehr schweren Erkrankung des Exkaisers.

bei dem eine Grippe aufgetreten ist. Aus Wien ist Dr. Deitling nach Aachien unterwegs. Eine unmittelbare Lebensgefahr ist nicht bestehen.

Die von den Wiener Monarchisten veröfentlichten Artikel über die schlechte Wohnung des Exkaisers werden von der portugiesischen Regierung demontiert. Die Exkaiserin steht einem freudigen Ereignis entgegen.

Paris, 30. März. (Havas.) »Associated Press« meldet aus Lissabon: Man hegt wenig Hoffnung, daß Exkaiser Karl die Lungenentzündung, die sich verschlimmert hat, überleben werde. Es sind Gehirnstörungen eingetreten. Man mußte zu Sauerstoffinhalationen schreiten. Der Exkaiser hat ein Testament errichtet.

Funchal, 30. März. (Havas.) Das Befinden des Exkaisers Karl hat sich gebessert. Die Aerzte hoffen auf seine Wiederherstellung.

Funchal, 30. März. (Havas.) Die Besserung, die sich gestern abends im Befinden des Exkaisers gezeigt hat, hat nicht angehalten.

### Eine Prügelei wegen der Arbeitslosenfrage.

Im Kreisarbeiterrat, der nach der vorgestrigen Demonstration eine Sitzung über die Arbeitslosenfrage abhielt, kam es zu einer erregten Auseinandersetzung. Die »Arbeiter-Zeitung« berichtet darüber:

Frei (Kommunist): Den Sozialdemokraten gebührt das Verdienst, den Christlichsozialen gezeigt zu haben, wie man am besten die Massen ausplündert. (Stürmische Entrüstungsrufe bei den Sozialdemokraten.) Ihr Finanzplan hat diese Finanzpolitik der Regierung eingeleitet. (Rufe: Abzug Frei!)

Da Frei behauptet, daß Seitz in seiner Rede erklärt habe, daß die Wohnsteuer aus den Taschen der Arbeiter bezahlt werden muß, entwickelten sich stürmische Szenen. Frei erhält einen Ordnungsruf und kann erst nach minutenlangem Unterbrechung seiner Rede beenden.

Die »Rote Fahne« schildert die Szene in folgender Weise:

Genosse Frei wurde mit einem Wutgeheul empfangen, als er die Rednertribüne betrat, was Friedrich Adler nicht hinderte, später zu erklären, Freys Rede habe die Sozialdemokraten gereizt. Als Frei feststellte, daß Seitz erklärt habe, die Proletarier müßten die Lasten des Staatshaushalts tragen, weil sämtliche Einkünfte der Besitzenden dazu nicht ausreichen würden, stürzten die Sozialdemokraten wie wilde Tiere auf unsere Genossen los. Genosse Buzzi wurde mit Faustschlägen traktiert, Genosse Fiala gewürgt, Genossen Wertheim der Mantel zerrissen und auch Genosse Koritschoner geschlagen.

## Tschecho-Slowakei.

### Die tschecho-slowakische Delegation.

Der tschecho-slowakischen Delegation in Genua wird auch der Wiener tschecho-slowakische Gesandte Dr. Krofta angehören.

## Jugoslawien.

### Auslieferung Radic.

Belgrad, 30. März. Der Immunitätsausschuß hat dem Antrage des Justizministers auf Auslieferung des Abgeordneten Stephan Radic zugestimmt.

## Polen.

### Skirmunt über Polens Außenpolitik.

Paris, 30. März. (Havas.) »Figaro« veröffentlicht eine Unterredung mit dem polnischen Minister des Außern Skirmunt. Der Minister erklärte unter anderem, Polen gehe eng mit der kleinen Entente zusammen, nicht nur hinsichtlich der Konferenz von Genua, sondern auch mit dem Ziele der Verwirklichung einer ständigen Kooperation; aber Polen besitze auch andere Interessen, die außerhalb jener liegen, die den Daseinsgrund der kleinen Entente bilden. Es habe also vollständige politische Freiheit bezüglich allgemeiner Probleme. Der polnische Staat habe bei seiner Bildung einiges Mißtrauen erweckt, das jedoch jetzt zerstört sei.

## Ungarn.

### Die republikanische Partei.

Aus Budapest wird uns berichtet: Unbekümmert um das Verbot der Regierung, fährt die republikanische Partei in ihrer Werbearbeit fort und vermehrt die Zahl ihrer Anhänger. Sie stellt in mehreren Bezirken Kandidaten auf, wenngleich sie überall gegen den offiziellen wie auch gegen »unverantwortlichen« Terror anzukämpfen hat. Unter anderem hat die Partei auch in Gödöllö, der historischen Sommerresidenz der Habsburger, eine Wahlversammlung angekündigt, die jedoch von der Polizei untersagt wurde. Die Parteileitung wandte sich hierauf an die Budapest-amerikanische Mission, der sie die verschiedenen Arten antiliter Willkür vortrug. Erst der Intervention des Leiters der amerikanischen Mission gelang es, die Bewilligung der Wahlversammlung durchzusetzen. In der Nacht vom 17. auf den 18. d. M. wurden von »unbekannten Tätern« in Budapest mehrere tausend rot-weiß-grüne Plakate affiziert, die einen republikanischen Wahlauftritt enthielten und mit einem Hoch auf die ungarische Republik schlossen. Ein Universitätslehrer wurde unter Verhaftung der Plakate in Haft genommen.

Die republikanische Partei Ungarns bereitet ein in englischer, französischer, italienischer und deutscher Sprache abgefaßtes Manifest an die Republikaner der Welt vor, in welchem die Gesinnungsgenossen aller Länder aufgefordert werden, in den Parlamenten, in der Presse und in Versammlung gegen den Absolutismus der ungarischen Regierung zu protestieren.

### Ein aufrechtes Wort an den Grafen Bethlen.

Der ungarische Ministerpräsident Graf Bethlen hat die schwere Bürde des ersten Wahlagitators für seine so schwach zusammengeführte Einheitspartei auf sich geladen und bereist die wichtigsten politischen Zentren Rumäniens, um sich eine Majorität zu sichern. Die Aufnahme, die er bisher in den Provinzstädten gefunden hat, möchte ihn überzeugt haben, daß er diese Wahlen ohne Amtsterror kaum wird zu seinen Gunsten lenken können. Auf seiner Agitationsreise stieg der Ministerpräsident auch in Szegedin, der durch die am Oberrabbiner Dr. Immanuel Löw begangene Schandtat zu traurigem Ruhm gelangten zweitgrößten Stadt Ungarns, aus. Hier kandidiert die Regierung den ehemaligen Ministerpräsidenten Grafen Paul Teleki als offiziellen Kandidaten. Bethlen empfing in Szegedin unter anderem auch eine Abordnung der Jüdischen, deren Führer, Kultuspräsident Dr. Samuel Biedl, darauf verwies, daß die Szegediner Jüdische auch während der Revolutionen von ihrem Patriotismus nicht um Haarsbreite abwich, deshalb sei sie entschlossen, auch bei den Wahlen nur für ein von allem extremen Radikalismus freies bürgerliches Regime einzutreten. »Wir können«, sagte Doktor Biedl, »unsere Ehre und unser Selbstbewußtsein nicht aufopfern und sind nicht geneigt, mit jenen, die ihr Wohl in unserem Ruin suchen, zusammenzuwirken.« Graf Bethlen war durch diese Worte unangenehm berührt, denn es entspann sich zwischen ihm und Biedl eine lebhaft Diskussion, in welcher Graf Bethlen seine bekannten leeren Versprechungen und die Phrase von der Unmöglichkeit eines raschen Tempos in der Versöhnungsaktion vorbrachte. Die Mitglieder der jüdischen Abordnung blieben jedoch bis zum Schlusse auf ihrem Standpunkt und erklärten, daß sie gegen den Grafen Teleki, der auch in seiner Eigenschaft als Universitätsprofessor den jüdenfeindlichen Rassenstandpunkt propagiert, dessen Wirken als Politiker wie als Gelehrter eine Provokation des Judentums bedeutet, mit aller Schärfe Stellung nehmen werden. Die Szegediner Juden erklärten offen, daß sie gegen den Grafen Teleki, der als einer der Träger des Antisemitismus auch dessen traurige Folgen auf dem Gewissen hat, mit allen Kräften den liberalen Kandidaten unterstützen werden. Das ist nicht nur eine Revanche für den Fall Löw, sondern auch ein Protest gegen die unwürdige Haltung des Präsidenten der Budapest-Jüdischen Gemeinde, Franz Székely, der sich dem jetzigen Regime verschrieb und den Ministerpräsidenten glauben machte, daß hinter ihm der Großteil der Juden Ungarns stehe. Auf seiner Korteschreise wurde Graf Bethlen eines anderen belehrt.

## Rundschau.

### Die Führer der englischen Arbeiterpartei und Palästina.

Der Führer der englischen Arbeiterpartei, Ramsay MacDonald, der bekanntlich vor kurzem aus Palästina zurückgekehrt ist, wo er die jüdische Arbeit aus eigener Anschauung kennen lernte, veröffentlicht in der »Westminster Gazette« einen Artikel über seine Eindrücke. MacDonald schildert die Tätigkeit der Chazuzim und hebt hervor, daß die Araber die jüdischen Einwanderer willkommen heißen, wenn sie nicht aufgehetzt werden, ebenso wie die arabischen Bauern von den jüdischen Einwanderern in verschiedenster Richtung gefördert werden. Während man zum Beispiel in Nabulus nach einem jüdischen Frauenärzte verlange, wollen die Efendis nicht gestatten, daß sich ein solcher dort niederlasse. MacDonald tritt dafür ein, daß man die den Arabern gegebenen Versprechen einhalte, und sie sollen ihr arabisches Königreich haben. Aber Palästina habe ihm etwas gezeigt, das unvergleichlich größer sei als die arabischen Wünsche. Die magische Anziehung, welche Palästina auf das jüdische Volk ausübe, könne keine Macht der Erde bezwingen. Deshalb glaubt MacDonald fest an die Gerechtigkeit und die Durchführbarkeit der zionistischen Forderungen. Oberst Wedgwood, der bekannte Abgeordnete der Labour Party, nimmt im »Daily Herald« zur Palästina-Frage Stellung und erklärt, daß er die Verfassung für Palästina billige, daß aber eine englische Kontrolle im Lande bestehen müsse, solange arabischer Pöbel die Juden mit Mord und Plünderung bedrohe.

### Chamberlain über Genua.

London, 30. März. (Wolff.) Chamberlain teilte gestern im Unterhaus den Wortlaut der Entschließung mit, die am nächsten Montag dem Unterhaus vorgelegt werden wird. Diese lautet: Das Haus billigt die Resolution, die der Oberste Rat in Cannes als Grundlage der Konferenz von Genua angenommen hat, und wird die Regierung Seiner Majestät bei ihrem Versuch, ihr Wirksamkeit zu verschaffen, unterstützen. Weiter teilte Chamberlain mit, daß er sich mit Lloyd George nach Genua begeben werde, um die Ordnung der Konferenz zu sichern.



rtplatz  
Spieler  
r-Platz  
Klirt,  
Kirs,  
schitz,  
Kurz-

tzung,  
ir das  
o a h  
ing im  
spitzer  
mstag,  
A. C.  
sende

Café  
digen

g im

um-  
fene  
eben,  
sind,  
Café  
llung

lo n.  
ellung

BSO2  
und  
Von

BS  
ere  
ad).

BSO2  
und  
Von

BS  
ere  
ad).

BSO2  
und  
Von

BS  
ere  
ad).

BSO2  
und  
Von

BS  
ere  
ad).

BSO2  
und  
Von

BS  
ere  
ad).

BSO2  
und  
Von

BS  
ere  
ad).

BSO2  
und  
Von

BS  
ere  
ad).

BSO2  
und  
Von

BS  
ere  
ad).

BSO2  
und  
Von

BS  
ere  
ad).

BSO2  
und  
Von

BS  
ere  
ad).

BSO2  
und  
Von

BS  
ere  
ad).

BSO2  
und  
Von

BS  
ere  
ad).

BSO2  
und  
Von

BS  
ere  
ad).

BSO2  
und  
Von

BS  
ere  
ad).

BSO2  
und  
Von

BS  
ere  
ad).

BSO2  
und  
Von

BS  
ere  
ad).

BSO2  
und  
Von

BS  
ere  
ad).

BSO2  
und  
Von

BS  
ere  
ad).

BSO2  
und  
Von

**Einzelnummer K 50**

Wien: Zum Abholen in der Expedition, II., Taborstr. 1-3, oder in einer Verschleißstelle (Straß.) monatlich K 1400.

Mit Postversand für Wien und Österreich monatlich K 1400.

Tschecho-Slowakei: Mon. Kronen 20. Ungarn: Monatl. Kronen 120. Jugoslawien: Monatl. Dinar 20. Polen: Monatl. Mark 700. Deutschland: Monatl. Mark 35. Frankreich: Monatl. Frs. 6.

# Wiener Morgenzeitung

**Tschecho-Slowakei**  
tsch. K 1

Italien: Monatlich Lire 6. Rumänien: Monatl. Lei 40. Schweiz und das übrige Ausland monatlich Francs 2.

Redaktion u. Administration Wien II., Taborstrasse 1-3

Telephone: 44-0-38, 43-3-19, ab 6 Uhr abends 17-9-33. Telegrammadresse: „Morgenzeitung“, Wien.

Oesterreichisches Postsparkassenkonto 150.693.

Mr. 1138 Wien, Freitag, 31. März 1922 4. Jahrgang

## Zwei jüdische Staatsmänner.

st. Wien, 31. März.

Zwei englische Staatsmänner ersten Ranges, der Vizekönig von Indien, Lord Reading und der Staatssekretär für Indien, Montague, müssen von ihren Posten scheiden, weil sie öffentlich gegen die Orientpolitik des Premierministers Lloyd George Stellung genommen haben. Beide sind Juden. Ihre Ernennung hatte seinerzeit in den antisemitischen Kreisen der ganzen Welt die größte Aufregung hervorgerufen. Zwei Juden werden als Bevollmächtigte des mächtigsten Weltreiches über das Schicksal von vierhundert Millionen Menschen zu entscheiden haben! Das Gespenst der jüdischen Welt Herrschaft geht wieder um! Die antisemitischen Zeitungen aller Zungen stießen erschütternde Klagen aus. Sie schilderten den schauerlichen Lesern in grellsten Farben die verheerende Wirkung dieser Ernennung auf die nichtjüdische Welt. Im Besitz einer fast unbeschränkten Macht, werden diese zwei Juden alles tun, was dem Judentum nützt und es in den Stand setzt, die Nichtjuden zu Knechten zu machen. Nun ist der Ring des Verderbens, den Israel um die Menschheit gelegt hat, geschlossen! Die Kunde fand gläubige Hörer unter den Nichtjuden. Aber auch in vielen jüdischen Kreisen neigte man zur Auffassung, daß die Besetzung dieser übertragenden Posten mit jüdischen Persönlichkeiten dem Gesamtjudentum zu großem Vorteil gereiche. In zionistischen Kreisen hat die Ernennung der beiden Juden keine freudige Sensation hervorgerufen. Die Erfahrung hat den politisch denkenden Teil der Jüdischkeit gelehrt, daß es durchaus verfehlt ist, jeden hochgestellten Juden als Vertreter jüdischer Interessen zu werten. Man kann es immerhin mit einer gewissen Genugtuung zur Kenntnis nehmen, wenn Männer jüdischer Abstammung, den vielen Hindernissen zum Trotz, dank eigener Kraft zu hohen und höchsten Stellen gelangen. Aber in ihnen von vornherein Helfer des Judentums zu erblicken, ist ein gefährlicher Irrtum. Der Fall Reading-Montague liefert den klarsten Beweis für die Richtigkeit dieser Erkenntnis.

Die Stellung der beiden jüdischen Staatsmänner ist nicht erschüttert worden, weil sie Politik zugunsten der Juden betrieben haben. Im Gegenteil. Die Politik, welche sie betrieben haben und welche sie schließlich zum Opfer gefallen sind, war gegen das Lebensinteresse des jüdischen Volkes gerichtet, ihre Politik war antijüdisch. Die englische Regierung hat sich auf das Programm der Emanzipierung des nahen Orients von der türkischen Mißwirtschaft festgelegt. Sie hat die arabische Halbinsel und Mesopotamien zu selbständigen Reichen unter eingeborenen arabischen Fürsten gemacht und Palästina in feierlicher und bindender Form dem jüdischen Volke zugesprochen. Sie glaubte damit den Grundstein des Friedens im nahen Orient gelegt und die Lösung der asiatischen Frage angebahnt zu haben.

Die Reaktion gegen diesen Schritt machte sich bald fühlbar. Emissäre der nationalistischen Regierung in Angora und ihrer Freunde, der russischen Bolschewiken und der französischen Militaristen, entsetzten unter den Mohammedanern Indiens eine Aufstandsbewegung, deren Ziel die Erhaltung der Macht des Sultans in Stambul bildet. Auf den Vizekönig von Indien und den indischen Staatssekretär hat diese Bewegung, in welcher religiöser Fanatismus und bolschewistische und französische Ränke seltsam zusammenwirken, den nachhaltigsten Eindruck ausgeübt. Sie sahen die Grundfesten der britischen Herrschaft in Indien durch sie bedroht und forderten unter diesem Eindruck die Revision der englischen Orientpolitik im Sinne der Erfüllung der türkischen Forderungen. Sie verlangten von der Londoner Regierung nicht weniger als den Bruch der den neuen arabischen Reichen gemachten Zusagen und eine Politik, die der Zurückziehung der Balfourschen Deklaration, dem Falllassen des zionistischen Projekts gleichkommt. Die Londoner Regierung hat diese Vorschläge nicht akzeptiert und erklärt, daß ihr ein Abweichen vom eingeschlagenen Wege aus Gründen der Vernunft und der Moral unmöglich erscheint. Da haben die beiden Staatsmänner zu einem ganz außergewöhnlichen Mittel gegriffen. Sie haben öffentlich gegen die eigene Regierung demonstriert. Knapp vor Beginn der Orientkonferenz haben sie ein Telegramm der indischen Regierung, in welcher die Berechtigung der türkischen Forderung anerkannt und die Orientpolitik der Londoner Regierung verurteilt wird, ohne den Premierminister vorher zu verständigen, der Öffentlichkeit übergeben. Sie haben damit die Position der englischen Regierung gegenüber dem französischen Widersacher in empfindlichster Weise geschwächt. Die Antwort des Kabinettschefs Lloyd George erfolgte prompt. Er empfahl den rebellierenden Funktionären, ihre Demission zu geben, und Montague mußte sofort gehen.

Es soll hier nicht darauf eingegangen werden, wie weit Reading und Montague durch ihr Vorgehen der englischen Sache geschadet haben. Aber es soll fest-

## Vertrauensvotum für die Regierung Wirth.

Berlin, 30. März. (Wolff.) Der Reichstag hat das vom Zentrum eingebrachte Vertrauensvotum mit 248 gegen 81 Stimmen bei 43 Stimmenthaltungen angenommen. Der Stimme enthielten sich die Unabhängigen und einige Mitglieder der kommunistischen Arbeitsgemeinschaft.

Das Votum hat folgenden Wortlaut: Der Reichstag verwahrt sich gegen die in den Noten der Reparationskommission vom 21. März 1922 dem deutschen Volke angesonnenen unerträglichen Forderungen und billigt daher die von der Regierung zu diesen Noten abgegebenen Erklärungen.

## Der Papiermilliardenumsatz der Deutschen Reichsbank.

Berlin, 30. März. (Wolff.) Im Jahre 1921 stiegen die Gesamtumsätze bei der Reichsbank auf 20.080 Milliarden Mark gegen 12.770 Milliarden im Jahre 1920. Das Anschwellen ist hauptsächlich auf die fortgesetzte Geldentwertung und die dadurch gesteigerte Inanspruchnahme durch das Reich zurückzuführen. Die Kapitalanlage setzte sich, wie seit 1914, in der Hauptsache aus diskontierten Schatzanweisungen des Reiches zusammen. Das Geschäft in Handelswechseln blieb eng begrenzt. Der Bestand an Inlands- und Auslandswechseln ging von 3008 Millionen Ende 1920 auf 1092 Millionen Ende 1921 zurück. Wegen der Reparationszahlungen konnten sich nennenswerte Bestände in Auslandswechseln nicht ansammeln.

## Deutschland muß zahlen.

Paris, 30. März. (Hayas.) Im Laufe der Beratung des Senats über die Deckung der Ausgaben des Budgets erklärte Finanzminister Delaunay, Frankreich beabsichtige durchaus nicht, sich in die deutsche Verwaltung einzumischen, aber eine Kontrolle der Verordnungen in gewissen wesentlichen Punkten sei absolut unerlässlich. Deutschland, rief der Minister aus, muß zahlen. Wenn es nicht zahlen will, werden wir es zwingen, zu wollen.

## Lenins Erklärungen.

Macht, aber keine Kultur.

Moskau, 30. März. (Funkspruch.) In der Rede, die Lenin auf dem Moskauer Parteitag hielt, legte er dar, daß die Bolschewiken zur Einsicht gekommen seien, sie könnten die neue kommunistische Wirtschaft gegen den Kapitalismus so lange nicht durchsetzen, als sie nicht über die hierzu notwendigen Mittel verfügen. Die Wirtschaftsmaschine entgleite ihrer Hand. Bisher sei es gelungen, achtzig gemischte Gesellschaften zu gründen, an denen Privateigentum und staatliches Inventar beteiligt sind. So wie es den Kommunisten gelungen sei, Beziehungen zu den Kapitalisten auf-

zunehmen, müsse es ihre Aufgabe sein, auch ein Zusammenarbeiten mit den Bauern einzuleiten. Die neue Wirtschaftspolitik sei die Politik der Entwicklung des Bolschewismus. Die kommunistische Rüstung müsse abgeworfen werden. Es könne Russland nur zum Neuen gelangen, die Wahrheit auch von den Klassengegnern der Kommunisten anzuerkennen. Wer besitzen, führt Lenin fort, alle politische und wirtschaftliche Macht, aber keine Kultur. Die Kultur der Bauerngeistes ist zwar niedrig und hohl, aber immer noch stärker als die jüdische proletarische Kultur.

In seinen weiteren Ausführungen trat Lenin dafür ein, die Rechte der autonomen Wirtschaftskörper zu erweitern.

Moskau, 30. März. (Funkspruch.) In der Debatte über die Rede Lenins auf dem Parteitag forderten mehrere Redner eine genaue Umschreibung der zu gewährenden Konzessionen. Trotzki betonte die Notwendigkeit der Einziehung der Jugend und der neuen Generation für die kommunistischen Aufgaben. Eine Rede von Redner drückte ihre Beleidigung über die von Lenin angeregte Trennung der Partei von dem Sowjetapparat aus. Andere wieder betonten die schwierige materielle Lage der Kommunisten angesichts der neuen Wirtschaftspolitik. Nach einem Schlusswort Lenins beantragte der Vorsitzende ein Vertrauensvotum für die Regierungspolitik im vergangenen Jahre. Der Antrag wurde bei vier Stimmenthaltungen angenommen.

## Die russische Delegation auf der Reise nach Genua.

Paris, 30. März. (Funkspruch.) Die aus 70 Mitgliedern bestehende russische Abordnung für die Konferenz von Genua ist in dem ehemaligen Sonderzug des Zaren in Riga eingetroffen. Der Zug hatte aus Furcht vor Attentaten Moskau des Nachts verlassen.

Die Konferenz der Vertreter der baltischen Staaten mit den Sowjetvertretern hat noch am gleichen Tag begonnen.

gehalten werden, daß zwei hohe jüdische Staatsmänner keinen Augenblick gezögert haben, die Existenz, das Glück und die Zukunft des eigenen Volkes preiszugeben, als Bedenken politischer Natur ihnen dazwischen kommen ließen. Es soll festgehalten werden, daß Juden so weit gegangen sind, ihrer Regierung anzuraten, einen mit dem jüdischen Volke geschlossenen Vertrag zu zerreißen, sich mit ewiger Schmach das Eidbruches zu beladen und das jüdische Volk zur Verzweiflung zu bringen. Der Fall ist lehrreich. Die Antisemiten, welche in jedem hochgestellten Juden einen willfährigen Agenten der jüdischen Macht wittern, können ersehen, daß ihre Theorie auf schwachen Füßen steht. Die Juden aber, welche geneigt sind, den Aufstieg jedes Juden als einen Erfolg der jüdischen Sache zu betrachten, können ersehen, daß jüdische Abstammung und Glück nicht ausreichen, um aus einem Menschen ein nützliches Mitglied der jüdischen Gesellschaft zu machen.

## Arabisch-christlichsoziale Verhetzung.

Die gestrige „Reichspost“ veröffentlicht unter dem Titel „Der Bankrott des Zionismus“ einen Artikel von Kameel Wafa El-Dajani, Präsidenten der Handelskammer von Haifa, der die Verhetzungsmethoden gewisser arabischer Notabeln ins hellste Licht rückt. Der Präsident der Haifaer Handelskammer beginnt mit der Feststellung, daß er auf der Wiener Messe, die ihn hieher geführt hat, nichts kaufen konnte, weil die Preise der österreichischen Industrieartikel zu hoch sind. Was hingegen die politische Lage in Palästina anlangt, so höf er die abgestandenen Ladenhüter aus dem

Musterlager der arabischen Propaganda hervor, um damit vor den Schäflein der „Reichspost“ Staat zu machen, wobei natürlich die Wahrheit sehr schlecht wegkommt. Palästina, so wird festgestellt, steht „augenblicklich noch im Zeichen des siegreichen Zionismus“; obgleich die Juden nur eine Minderheit im Lande bilden, habe es England zu einem „zionistisch regierten und verwalteten Staat“ gestempelt, und der Hochkommissar Sir Herbert Samuel ernenne sein Kabinett, in welchem die Juden in der Majorität sein müssen. Sogar die englischen Verwaltungsbeamten müßten Juden, oder doch jüdischer Abstammung sein, wenn die jüdische Regierung sie in ihrer Funktion belassen solle. Zu diesen Behauptungen ist zu bemerken, daß bekanntlich erst jüngst der englische Kolonialminister im Londoner Parlament erklärt hat, Sir Herbert Samuel habe nicht als zionistischer Exponent, sondern als englischer Beamter zu gelten, und da es ein Kabinett bislang nicht gibt, so erübrigt es sich, die Behauptung richtigzustellen, daß darin die Juden in der Majorität sein müssen. Wie groß aber die Zahl der englischen nichtjüdischen Verwaltungsbeamten ist, ist aus der jüngst veröffentlichten offiziellen Statistik ersichtlich, die nur in den technischen Departements eine starke Zahl von Juden aufweist, was dadurch erklärt wird, daß sich für derartige Stellen arabische Anwärter nicht finden.

Daß die Politik der Errichtung eines jüdischen Nationalheims nicht ein englisches Hirngespinnst, sondern ein gemeinsamer Beschluß der europäischen Westmächte ist, dem der Völkerbund seine Sanktion zu erteilen hat und daß England bereits ein Verfassungsprojekt für Palästina entworfen hat, das den Arabern weitgehende Rechte einräumt — davon